

**Eberhard -Karls-Universität Tübingen**

**Institut für Politikwissenschaft**

**Hauptseminar: Die politischen Systeme Tschechiens und der Slowakei im Vergleich SS 2001**

Referatsthema: „Dimensionen der Staatsbürgerkultur (z.B. civil culture & civil society) oder wie lässt sich das Konsolidierungsniveau der Staatsbürgerkultur operationalisieren? Aktuelle Systemunterstützung in Tschechien und der Slowakei“

Gehalten am 29.06.2001

Dozent: Michael Bauer (Referent: Joachim Walliser)

Joachim Walliser

Neckarhalde 32

72070 Tübingen

07071 / 793161

joachim@walliser.net

# Gliederung

Thema: „Dimensionen der Staatsbürgerkultur (z.B. civil culture & civil society) oder wie lässt sich das Konsolidierungsniveau der Staatsbürgerkultur operationalisieren? Aktuelle Systemunterstützung in Tschechien und der Slowakei“

Gliederung .....	2
I. Einleitung .....	3
II. Dimensionen des Begriffes Civil Society (Zivilgesellschaft) .....	4
1. Allgemein .....	4
a) Demokratisierungspotentiale der Zivilgesellschaft .....	6
b) Idealtypen der Zivilgesellschaft im Systemwechsel.....	6
II. Unterschiede in Tschechien und der Slowakei .....	8
1. Der Geschichtliche Kontext – theoretische Grosswetterlage .....	8
2. Einordnung in die Transitionsphasen nach Merkel .....	11
3. Operationalisierung der Strukturen nach der Wende.....	14
III. Konzepte der Konsolidierung .....	16
1. Maximale versus minimale Konsolidierung .....	16
2. Konsolidierung und vergleichende politische Kulturforschung .....	17
a) Schwierigkeiten mit der Operationalisierung .....	18
b) Methodologische Kritik.....	19
IV. Untersuchung und Bewertung der These.....	20
1. These: Zivilgesellschaft fördert Transformation.....	20
a) Gegenthese 1: Messung in Krisenzeiten.....	20
b) Gegenthese 2: (Abgrenzung 1) Zivilgesellschaft wird zunehmend unsichtbar .....	21
c) Gegenthese 3: (Abgrenzung 2) Presse übernimmt die Überwachung .....	21
2. Spannende Frage: Was passiert Ende des Jahrzehntes (2000) .....	22
V. Bewertung der aktuellen Entwicklung in beiden Ländern.....	22
VI. Resume.....	28
VII. Quellenangaben .....	29

# I. Einleitung

Mit dem Ende der kommunistischen Regime in Osteuropa ab 1989 hat sich die politische Landschaft grundlegend geändert. Es tat sich der Politikwissenschaft ein völlig neues Gebiet der Transformationsforschung auf, das sich in diesem Teil der Erde sehr grundlegend von anderen Regionen der politischen Transformation unterschied. Wie diese Unterschiede geartet sind ist nicht Teil dieser Arbeit. Hier soll lediglich eine methodische Beleuchtung der Transformation in den Ländern Tschechien und der Slowakei gegeben werden. In den beiden zu vergleichenden Ländern geht es mir um die Untersuchung der Auswirkungen einer Zivilgesellschaft als kulturell begünstigende Komponente in dem laufenden Transformationsprozess.

Die Demokratie in den besagten Ländern, die entlang einer der ältesten Kulturgrenzen Europas verläuft, ist noch sehr jung und fällt in Huntingtons „Dritte Welle der Demokratisierung“. Dieser Sachverhalt macht gerade den Vergleich der zivilgesellschaftlichen Komponente ininteressant.

Da der Zeitpunkt für diese Arbeit nach den Wahlergebnissen in beiden Ländern Ende 2002 liegt, möchte ich auch auf den Stand der Konsolidierung eingehen und auf die Wahlergebnisse, die von Wolfgang Ismayr zurecht mit einem gewissen Bangen erwartet wurde.

In dieser Hausarbeit geht es um keine Chronologie der Civil Society, es geht auch nicht um einen definitorischen Exkurs über den Begriff politische Kultur, sondern um die Dimensionen des Begriffes Zivilgesellschaft und damit verbunden die Variablen und deren Operationalisierung.

Danach lässt sich dann erst das Konsolidierungsniveau behandeln. Anschließend gehe ich noch auf die Systemunterstützung der Zivilgesellschaft für beide Länder ein und ich werde die Wirkung auf den Transformationsprozess untersuchen und vergleichen. Die letzten Punkte werden aber allerdings nur am Rande behandelt. In angemessener Tiefe kann dies selbstverständlich in keiner Hausarbeit geleistet werden.

## II. Dimensionen des Begriffes Civil Society (Zivilgesellschaft)

### 1. Allgemein

„Civil Society oder Zivilgesellschaft ist der Begriff für den intermediären Bereich öffentlichen Lebens zwischen Individuum und Staat. Das Verständnis ist schon seit Beginn des Entstehens der bürgerlichen Gesellschaft gekennzeichnet durch zwei divergierende Traditionslinien: Einerseits wird die bürgerliche Gesellschaft mit G.W.F. Hegel als der Ort konkurrierender Bedürfnisse und Einzelinteressen verstanden, andererseits meint die Civil Society mit A. Ferguson den Bereich einer aktiven Bürgerbeteiligung. Dabei dient der die Zivilgesellschaft kennzeichnende Pluralismus von freiwilligen Vereinigungen, Gruppen und Netzwerken der Artikulation, Organisation und Durchsetzung von Interessen. Gleichzeitig werden dadurch im Gegenzug Bürgerrechte geschützt. Das Konzept hat seit den 1980er Jahren als Gegenstrategie zur Allgegenwart der Staatsmacht in den autoritären sozialistischen Regimen Osteuropas und als Allheilmittel gegen Anomie, Fragmentierung und Unregierbarkeit postindustrieller Gesellschaften an Bedeutung gewonnen.“<sup>1</sup>

Vor allem der letzte Satz unterstreicht die begriffliche Verquickung in der hier vorliegenden Arbeit. Und so steht es weiter im Lexikon der Politikwissenschaften: „Die Zivilgesellschaft bedarf des Rahmens des Verfassungsstaates und seiner Institutionen, die zwar ihrerseits nur durch die Zivilgesellschaft mit Leben erfüllt werden, die aber die Einhaltung demokratischer Spielregeln.. gewährleisten müssen.“<sup>2</sup>

Nicht zu verwechseln mit dem Begriff Civic Culture. Civic Culture ist ein Begriff über die Staatsbürgerkultur der von Almond/ Verba geprägt wurde<sup>3</sup> Er bezeichnet einen ausgewogenen Mischtyp politischer Kultur in dem politische Aktivitäten, Engagement und Rationalität durch Traditionalität und Bindung an parochiale (zur Pfarrei gehörend) Werte ausgeglichen werden.

---

<sup>1</sup> aus Lexikon der Politikwissenschaft Band 7 S. 736 (Hrsg. Dieter Nohlen)

<sup>2</sup> ebda.

<sup>3</sup> Almond/ Verba 1963: 30 aus Lexikon der Politikwissenschaft Band 7 S. 95 (Hrsg. Dieter Nohlen)

Mansfeldova definiert die Zivilgesellschaft: „...als Sphäre zwischen Staat und Gesellschaft, in der sich im Prozess der historischen Entwicklung ein System von Vereinen und Assoziationen in Form von autonomen Organisationen herausgebildet hat. Kern ist immer der individuelle Akteur, der Bürger mit seinen Werten.“<sup>4</sup>

Die Locksche Funktion der Civil Society betont die unabhängige Sphäre gegenüber dem Staat. Das heisst vor allem die Freiheit vor staatlichen Übergriffen zu sichern.

Montesquiesche Funktion löst den scharfen Kontrast mittels eines komplizierten Modells der Gewaltenteilung und –verschränkung. Er setzt also primär auf Institutionen und nicht rein auf Tugenden wie Locke dies tut.

Die Tocquevillesche Funktion (Schule der Demokratie) der civitas nimmt Montesquies Modell auf und verstärkt dieses Gerüst durch die freien Assoziationen als wichtigstem Garant des freien Gemeinwesens. Durch diese Vereinigungen sollen demokr. Denken und ziviles Verhalten eingeübt und habitualisiert werden. Aus diesem Kontext stammt dann auch der Begriff des Potentials in diesem Zusammenhang. Dahrendorf knüpft an dieser Vorstellung an und sieht darin die Entstehung der Bürgergesellschaft aus den freien Verbänden.

Die Habermassche Funktion der Civil Society kann mit Öffentlichkeit und Kritik überschrieben werden. Durch eine vorinstitutionelle pluralistische Interessenvermittlung jenseits der Politik, soll ein Gegenpart zu „vermachteten Strukturen“ erreicht werden und eine Öffentlichkeit bilden. Dieses Konzept der Zivilgesellschaft ist ausserordentlich voraussetzungsvoll. Eine solche Zivilgesellschaft wäre zwar problemsensitiv, aber in der Regel handlungsschwach.

Auf einer stark generalisierten Ebene haben jüngst Plasser, Ulram/ Waldrauch (1997) für ihre empirischen Osteuropaforschungen eine überzeugende Typologie vorgelegt. Dies gibt Aufschluss über die **Systemkultur**. Die **Prozesskultur** erfasst die intermediäre Vermittlungsebene zwischen Staat und Gesellschaft (Parteien, Verbände). Die **Politikfeldkultur** (policy culture) misst die Wahrnehmung des Outputs, also die Leistungsfähigkeit des politischen Systems auf bestimmten Feldern.

---

<sup>4</sup> Merkel / Lauth 1998

## **a) Demokratisierungspotentiale der Zivilgesellschaft**

Dazu zählen:

- a. Schutz der Privatsphäre
- b. negative Freiheitssicherung (Beobachtung und Kontrolle der staatl. Macht)
- c. demokratisch partizipatorische Sozialisierung (Soziales Kapital)
- d. Schaffung von Kanälen für die Erzeugung Aggregation und Artikulation gem. Werte.
- e. Demokratisierung auf lokaler Ebene (vom Klientelismus zur Citizenship)
- f. durch Netzwerke Vertiefung der Konsolidierung und Entschärfen der Konfliktlinien durch übergreifende Strukturen

## **b) Idealtypen der Zivilgesellschaft im Systemwechsel**

Eine wissenschaftliche Auseinandersetzung über die Civil Society und deren Auswirkungen auf einen Transformationsprozess setzt eine Festlegung voraus, da sonst nicht klar ist, was der Untersuchungsgegenstand ist. Die Variablen der Untersuchung sind sonst unklar.

Im weiteren Verlauf dieser Arbeit gehe ich von dem Verständnis Merkels und auch Vodickas aus, die die Wahrnehmung des Outputs messen.

Hierzu möchte ich allerdings gleich zu Beginn auf eine kleine methodische Finesse hinweisen. Wenn die Politische Einstellung gegenüber der Leistungsfähigkeit des politischen Systems als Richtwert für die Civil Society angelegt wird, ist es methodisch nötig historisch vergleichbare Reihenstudien und Längsschnittanalysen zu verwenden und zu erstellen. Das hat folgende Gründe:

1. Es kann dadurch erst gezeigt werden, dass sich die politische Einstellung verändert und wie sie sich ändert und bei welchen Bevölkerungsschichten.
2. Es sollte möglichst aus den gleichen Schichten heraus erhoben werden
3. Die politische Partizipation sollte unabhängig von der Befragung erhoben werden um zu untersuchen inwieweit politische Einstellung und reale gesellschaftliche Auswirkung übereinstimmen.

Dies würde ich als politische Mengenlehre in einer entsprechenden Untersuchung bezeichnen. Zusätzlich ist noch nicht klar, ob und welche Arten von Insti-

tutionen, Vereinen und Organisationen überhaupt mit zur Zivilgesellschaft gezählt werden. Die Mitgliedschaft in entsprechenden Vereinigungen wäre hier ebenfalls ein Indikator für den Grad des Engagements.

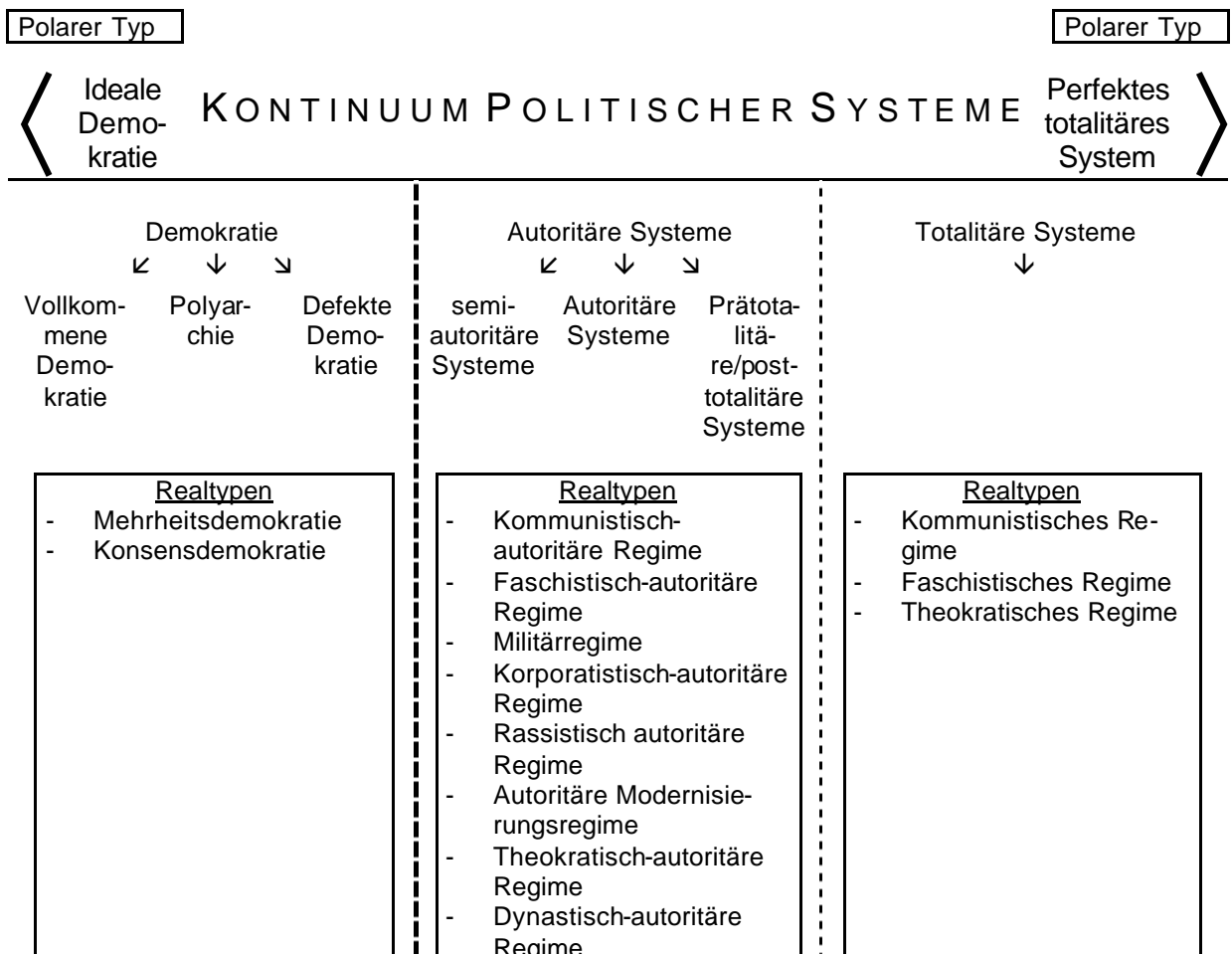
Hier die Idealtypen, der Zivilgesellschaft nach Merkel:

- Liberalisierung des autokratischen Regimes
- Institutionalisierung der Demokratie – konstruktive Zivilgesellschaft
- Konsolidierung der Demokratie – reflexive Zivilgesellschaft

Mit dem Inkrafttreten der Verfassung endet – so die plausible Einteilung Wolfgang Merckels – die Transformationsphase der Institutionalisierung der Demokratie und es kann bei Respektierung der dadurch festgelegten Verfahren und Spielregeln die Konsolidierung der Demokratie beginnen.<sup>5</sup>

Dies ist Wolfgang Merckels Grafik „Typen Politischer Systeme“.<sup>6</sup>

Typen politischer Systeme nach Wolfgang Merkel



Quelle: Wolfgang Merkel (1999): Systemtransformation, Opladen.

<sup>5</sup> Merkel 1999a: 151; Merkel, Sandschneider, Segert 1996b: 21) vgl. Linz/ Stephan 1996: 6

<sup>6</sup> in Merkel, Wolfgang (1999): Systemtransformation, Opladen, S. 55.

## II. Unterschiede in Tschechien und der Slowakei<sup>7</sup>

### 1. Der Geschichtliche Kontext – theoretische Grosswetterlage

Zuerst ein erster Vergleich beider Länder in Stichworten

Ausgangssituation vor den Umstürzen 1989:

	Slowakei	Tschechien
Politische Lage	Relative Autonomie seit der Egerung Husak durch Föderalisierung, keine Souveräne Tradition ausser unter NS Herrschaft	Kein souveräner Staat, aber demokr. Tradition 1918-1939
Wirtschaftliche Situation	Agrarisch geprägt	Gut ausgebaute Industriestruktur
Akteure/ Politische Kultur	Relativ gutes Arrangement mit der kommunistischen Führung, wenig pol. Aktivität der Bürger	Ausbildung einer Zivilgesellschaft in der Zeit der Unabhängigkeit, reges kulturelles Leben, starke Rolle der Intellektuellen

Die Lage von 1989 – 1993

	Slowakei	Tschechien
Politische Lage	Wahlsieg der Bürgerbewegung, Öffentlichkeit gegen Gewalt, später Abspaltung der Bewegung für eine souveräne Slowakei (HZDS), zunehmende Tendenz der Abkehr vom Föderalstaat, Wunsch nach mehr Eigenständigkeit und Selbstbestimmung	Wahlsieg des Bürgerforums dann der ODS, Zunächst starkes Interesse an der Erhaltung des Föderalstaates, dann Obstruktionspolitik
Wirtschaftliche Situation	Von Arbeitslosigkeit noch stärker betroffen als Tschechien, zunehmendes Misstrauen über den Weg zu einer offenen Marktwirtschaft, der Wunsch nach einem dritten Weg wird laut, Forderungen nach dem Stop der Privatisierung und und gar der Umkehr tauchen auf.	Nach Einführung der Marktwirtschaft Rezession und Aufkommen von Arbeitslosigkeit, Grosser gesellschaftlicher Konsens der Weiterführung von Privatisierung und Marktwirtschaft, aber auch Erhalt der lieb gewonnen staatlichen Regulierungspolitik
Akteure/ Politische Kultur	Nur ein Teil der Bev. Beteiligt sich an der öffentlichen Debatte, Mehrheit hält sich	Breite gesellschaftliche Beteiligung am Wandel, Interessen demokratische

<sup>7</sup> Mansfeldová 1998



	zurück, trägt allerdings die Entwicklung mit., Dem Populismus Meciar wird zunehmend nachgegeben weil sich die Situation verschlechtert.	Spielregeln einzuhalten
--	---	-------------------------

Erstaunlich gering war die Rolle, die die Leute des Prager Frühlings im Herbst 1989 spielten. Vaclav Havel's Großzügigkeit, nicht der Wille der Opposition, brachte Dubcek den ehrenvollen, wenn auch nicht machtentscheidenden Posten eines Parlamentspräsidenten ein. Ota Sik oder Zdenek Mlynar kehrten vorübergehend zurück und predigten wieder den dritten Weg. Diesmal hörte in Prag jedoch niemand mehr zu.

Also wird klar, dass wir es nach 1989 mit einer neuen Zivilgesellschaft zu tun haben werden. Die Demokratisierungsbewegung in Osteuropa kämpft und kämpfte mit mehreren Handicaps:

(a) Die kommunistischen Eliten haben eine gewisse Kontinuität. Ideen und Praktiken des alten Regimes sind nicht für alle Teile der Gesellschaft diskreditiert, wie in den 70er Jahren in Südeuropa.

(b) Die größte Belastung erscheint, daß die neuen Demokratien ein neues Wirtschaftssystem - zum Teil gegen Widerstreben - erst schaffen müssen. Die friedliche Revolution ist in diesem Punkt eher der Revolution *Lenins* vergleichbar. In beiden Fällen ging die politische Machtergreifung der wirtschaftlichen Umgestaltung voran, während die autoritären Systeme Südeuropas bereits eine Marktwirtschaft hatten, wie unvollkommen sie erscheinen mochte. (c) Die Theorie der Voraussetzungen der Demokratie traf in ganz anderem Sinne in Südeuropa zu: Für den Eintritt in die EG mußten die Requisiten der Demokratie erworben werden. Die osteuropäischen Länder haben nicht die gleichen Chancen, rasch in die EU aufgenommen zu werden. Allenfalls Ungarn und Tschechien sind in einer günstigeren Lage. In ein paar Punkten erscheint die Lage für die Demokratisierung Osteuropas jedoch auch günstiger als einst in Südeuropa:

(a) Das Militär hatte sich schon im Sozialismus an den Primat der Politik gewöhnt. (b) Der Einfluß des traditionellen Klerikalismus wurde (mit Ausnahme Polens) zurückgedrängt. (c) Die Modernisierung der Massen war durch die Mobilisierung der sozialistischen Systeme fortgeschrittener als in Südeuropa, a-

lerdings mit dem Nachteil verbunden, daß sich versorgungsstaatliche Mentalität ausgebreitet hatte.

Die theoretische Verarbeitung des osteuropäischen Sozialismus erwies sich insgesamt als schwierig. Es gab keine Konzepte, die für die Ereignisse von **1989** brauchbar schienen. Die Theoriebildung in den Sozialwissenschaften kämpfte mit ihrem Gesichtsverlust: Kaum eine Theorie hatte den Untergang des realen Sozialismus prognostiziert. Kein Wunder, daß neue theoretische Ansätze über die osteuropäischen Demokratien im Werden mit Prognosen vorsichtig geworden sind. Pessimistische Prognosen behalten kurzfristig meistens recht. Aber die Theoriebildung wird erneut den Mut aufbringen müssen, sich zu irren.

Die Aussichten der Transformationsregime sind nicht so schlecht, wenn man keine überhöhten Erwartungen an sie heranträgt, die den Sonderaspekt berücksichtigen, in welchem Ausmaß ein Land die Rechte der ethnischen Minderheiten respektiert. Ethnisch relativ homogene Staaten, wie Ungarn und Tschechien, erhielten auf solchen Skalen die günstigsten Werte. Die subjektiven Meinungsdaten zu dieser Frage sind wenig aussagekräftig. Geringe Erwartungen haben, in Rumänien z. B., die Werte noch relativ günstig erscheinen lassen. Meinungsdaten müssen daher den konkreten ethnischen Konflikten gegenübergestellt werden, und dann schneidet Rumänien nicht gut ab.

Wie soll das Funktionieren der demokratischen Institutionen gemessen werden? Rußland erhielt in der Weltpresse relativ gute Werte, aufgrund der guten Absichten seiner Führung. Sie entsprechen aber der politischen Realität in fernen Regionen keineswegs.

Erst wirtschaftliche Erfolgsdaten können die Indikatorenbildung für eine Messung der Konsolidierung der Demokratie langfristig verbessern so Klaus von Beyme und Dieter Nohlen<sup>8</sup>. Die Erfolge auf dem Weg zur Demokratie sind beachtlicher als die auf dem Wege zur Marktwirtschaft. Doch nun zu den beiden zu vergleichenden Ländern:

---

<sup>8</sup> in Lexikon der Politikwissenschaft Band 1 S. 648

## 2. Einordnung in die Transitionsphasen nach Merkel

Hier ein kleiner „Fahrplan“ in Stichworten:

1

Die Strukturen der politischen Systeme in den verschiedenen Phasen der Transition

### 1. Phase: Liberalisierung

„Kontrollierte Öffnung des autoritären Systems - kann einen Systemwandel herbeiführen, aber auch schon der Beginn des Demokratisierungsprozesses sein.

#### Tschechien

„Prager Frühling" - gewaltsamen Niederschlagung, bedingungslose Verfolgung der sog. Dissidenten und Schaffung einer **privilegierten Bürgerschaft** mit Hilfe der „**Schattenwirtschaft**" ~ Spaltung der Gesellschaft.

Gleichzeitig - Angebot eines „Gesellschaftsvertrages": Auslandsreisen und die Schaffung einer Konsumgesellschaft für Privilegierte.

**Gründung** des „Dissens" 1973: sozialistische Jugendgruppe und ausgeschlossene Reformer der Kommunistischen Partei sowie demokratische Intellektuelle (unter der Führung von Václav Havel).

Die „**Charta 77**" - als Reaktion auf die Unterzeichnung der internationalen Menschen- und Bürgerrechtskonvention in Helsinki

Brutale Verfolgung, Zementierung des bestehenden Systems, zunehmende internationale (Glasnost und Perestrojka) und interne Isolierung

-Zunehmende Bedeutung der Opposition: Demokratische Initiative (nach der Veröffentlichung: „Einige Sätze") - Drohung der gewaltsamen Niederschlagung immer unwahrscheinlicher.

10. November 1989 - erste Großdemonstration zur Einhaltung der Bürgerrechte

17. November - Massendemonstration v.a. durch die Organisation der Prager Studenten ~ Generalstreik am Tag darauf

Gründung des „Bürgerforums" - Forderung nach dem Rücktritt der Verantwortlichen für die Niederschlagung 1968, Durchführung von freien demokratischen Wahlen und Durchsetzung von bürgerlichen Rechten und Freiheiten.

## **Slowakei**

Gustáv Husák - **Schaffung eines** Föderalstaates nach den Ereignissen vom Frühling

1968

Permanente Wirtschaftsförderung und Investitionen in der Slowakei

Unterzeichnung einiger tschechischen Petitionen für das Föderalparlament

20. November - Gründung der Bürgerbewegung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ als „Schwesterorganisation“ zum tschechischen Bürgerforum

## **2. Phase: Demokratisierung**

„Ablösung des autoritären Regimes - Einführung demokratischer Institutionen und konstitutionelle Neuordnung des politischen Systems.“

## **Tschechien**

29. November - die Föderative Versammlung beschließt wichtige Verfassungsänderungen der CSSR

10. Dezember - Rücktritt der Regierung Husák, Schaffung einer „**Regierung der nationalen Verständigung**“ unter Marian Čalfa

Alexander Dubček wird **Vorsitzender der Föderativen Versammlung**

29. Dezember 1989 **Václav Havel** wird zum neuen Präsidenten **der CSSR**

20. April 1990 - **Gründung des neuen Tschechoslowakischen Staates:** Tschechische und Slowakische Föderative Republik **CSFR**

8.-9. Juni: **Erste freie Parlamentswahlen** - Sieg des Bürgerforums in Tschechien

Václav Havel wird erneut zum Staatspräsidenten gewählt

25. Dezember - **Gesetz über die „kleine Privatisierung“**

9. Januar 1991 eine **Charta der Grundrechte und Freiheiten** wird von der Föderativen Versammlung verabschiedet

26. Februar - Gesetz **über die „große Privatisierung“**

16. Dezember 1991 Assoziierungsabkommen zwischen CSFR **und der EG**

Febr. 1992 **Vertrag** über die freundschaftliche Zusammenarbeit mit der **BRD**

Freundschaftliche **Beziehungen** und Zusammenarbeit zwischen ~SFR und der **Russischen Föderation**

5.-6. Juni 1992 zweite freie Parlamentswahlen - Wahlsieg **der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) in Tschechien**

20. Juli **Präsident Vaclav Havel tritt vorzeitig, zurück**

27. August - ein **Zeitplan zur Auflösung der ~S FR** wird vorgelegt: 1. Januar 1993

25. November - Die Föderative Versammlung der (SFR billigt den Gesetzentwurf zur Auflösung der Tschechoslowakei

17. Dezember - **Annahme der Verfassung der Tschechischen Republik** durch das tschechische Parlament

### **Slowakei**

8.-9. Juni: Sieg **des Bürgerforums „Öffentlichkeit gegen Gewalt“** bei den ersten freien Parlamentswahlen

27. Juni Calfa wird Mitglied des Bürgerforums

14. März 1991 **Kundgebung zur Proklamation der selbständigen Slowakei** und Spaltung der Bewegung „Öffentlichkeit gegen Gewalt“ - es entsteht die **„Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS)“**

5.-6. Juni 1992 **Wahlsieg der Bewegung für eine demokratische Slowakei (HZDS)**

8.-9. Juni Gespräche zwischen Vaclav Klaus (ODS) und Vladimir Mecar (HZDS) über eine Regierungsbildung scheitern

20. Juni: Unterzeichnung der Vereinbarung über die Auflösung des tschechoslowakischen Staates

17. Juli - das slowakische Parlament beschließt die **„Souveränität der Slowakischen Republik“** als Fundament eines souveränen Staates slowakischer Nation"

3. September - die neue slowakische Verfassung wird in Kraft gesetzt

### **3. Phase: Konsolidierung**

„Spielregeln der Demokratie werden festgelegt und eingeübt. Herstellung eines breiten gesellschaftlichen Grundkonsenses und Ausbildung einer bürgerlichen Zivilgesellschaft“

## Tschechien

**4. Oktober 1991** „Lustrationsgesetz“ - Regelwerk zur bürokratischen Tätigkeiten in Staatsorganen und staatlichen Einrichtungen

1. Januar 1993 das **Gesetz zur Auflösung der CSFR** tritt in Kraft

-8. Februar - die Währungsunion zwischen den bisherigen Teilrepubliken wird aufgehoben

Sicherung der Grenze zur Slowakischen Republik

**Treffen der Innenminister** zur Erörterung der Fragen zur Änderung des Asylrechts seitens der Bundesrepublik Deutschland

**Treffen der Ministerpräsidenten** zur Lösung von Streitfragen über die Aufteilung des föderalen Eigentums

## 3. Operationalisierung der Strukturen nach der Wende

Kategorie	Tschechien	Slowakei
Geschichtliche Voraussetzungen	homogen (Böhmen Mähren)	Keine gewachsene staatsrechtl. Tradition
Zufriedenheit mit der Entw. nach der Wende	ging zurück	
Rückgang der allgem. Zufriedenheit	Gleichverteilter	stark ausgeprägte Unzufriedenheit
<b>Zufriedenheit 1991 mit ...</b>		
...Aussenpol.	78 %	55 %
...Innenpol.	42 %	30 %
...Soziale Absicherung	30 %	20 %
...Kultur	29 %	30 %
...Wirtschaft	28 %	15 %
...Lebensstandard	23 %	14 %
Bewertung der Marktwirtschaft 1992	Einverstanden	unentschieden bis einverstanden
Für oder gegen Sozialismus 1992	Gegen	eher für
Was bringt Privatisierung	Gut	mehr schlechtes
<b>Vertrauen in politische Institutionen....</b>	In Klammern Werte von 1992 Werte bei Merkel von 1995 bestätigen diese Tendenz!	
... Präsident	88 % (88)	70 % (55)

... Bundesregierung	75 % (45)	60 % (30)
... nationale Regierung	75 % (55)	75 % (60)
... Nationalrat	65 % (45)	55 % (25)
... Bundesversammlung	60 % (25)	55 % (25)
Diktatur unter gew. Umständen besser als Demokratie? (1995 Merkel)	9 %	12 %
1993 Wenn ein Referendum durchgeführt worden wäre, wie hätten sie gestimmt?	Aus einer Umfrage von 1994 bevorzugen 60% der Tschechen die geteilte Form der Staaten	50% gegen die Teilung, 28% für die Teilung, 15% hätte nicht teilgenommen, 7% unentschieden
Ergebnis	Integrative demokratische Konsolidierung	Eingeschränkte Integrative demokratische Konsolidierung

Danach ist durchgängig ein Rückgang an politischer Partizipation zu verzeichnen. Schwerpunkt liegt bei der Demokratisierung eindeutig auf persönlicher Freiheit.

Die zusammengestellten statistischen Zahlen sind durchweg den Unterlagen von Dr. Karel Vodicka entnommen.

Es wird anhand den vorgestellten Zahlen zur politischen Einstellung deutlich, dass Tschechien mit seiner aus Kultur und Geschichte herrührenden aktiveren politischen Anteilnahme weiter Fortgeschritten ist. Die Aussicht zur Aufnahme in die EU und die direkte Nachbarschaft, sowie die demokratische Tradition vor dem zweiten Weltkrieg tragen dazu sicher auch einen erheblichen Teil bei.

### **Politische Kultur Tschechiens**

„Die demokratische Verfassung Tschechiens fand noch nicht voll Eingang in die politische Praxis, das Gefüge in die Verfassungsinstitutionen und das Parteiensystem sind weiterhin nicht stabilisiert und die Überbleibsel der Denk- und Verhaltensstereotypen, die im kommunistischen Regime eingeübt worden waren, haben sich noch nicht aufgelöst. Insbesondere die Herausbildung einer demokratischen politischen Kultur, der kognitive Wandel, braucht längere Zeit. Andererseits steht ausser Zweifel, dass die mehrdimensionale politische, sozia-

le, wirtschaftliche und rechtliche Transformation bereits irreversibel ist. Es wurde gerade in Tschechien hier schon enorm viel geleistet.<sup>9</sup>

## **Politische Kultur der Slowakei**

„Die Zustimmung zu demokratischen Prinzipien ist nur langsam gewachsen und Vorstellungen von einem Mischtypen mit demokratischen Anteilen bleiben weit verbreitet. Die Anhängerschaft von Nichtdemokratischen Ordnungssystemen bildet eine stabile Minderheit von etwas 10%. Insgesamt kann schwerlich von einer allgemeinen und gesicherten Anerkennung der Demokratie und eines demokratischen Systems die Rede sein.“<sup>10</sup>

## **III. Konzepte der Konsolidierung<sup>11</sup>**

### **1. Maximale versus minimale Konsolidierung**

Es werden 7 verschiedene Konzepte der Konsolidierung vertreten und diese können auf einem Minimum-Maximum- Kontinuum in folgender Reihenfolge abgetragen werden:

Konzept zur Erreichung eines Abkommens über die Installation

Konzept zur Betonung der Eliteebene (manchmal mit zusätzlicher Massenebene)

Konzept der negativen Konsolidierung (oder solche, der pos. Konsol. Aufbau demokratieförderlicher Verhaltensweisen)

Konzept prozeduraler und formaler Ebenen

Konzept die K. mit der Veränderung auf der Einstellungsebene gleichsetzen.

Konzept der Ausbreitung demokratischer Legitimität

Konzept der abgesicherter Demokratie als Regimetyp

---

<sup>9</sup> Die politischen Systeme Osteuropas, Leske Budrich UTB Opladen 2002 Hrsg. Wolfgang Ismayr S. 271

<sup>10</sup> a.a.O. S. 294

<sup>11</sup> Plasser 1997



## 2. Konsolidierung und vergleichende politische Kulturforschung

Konsolidierung kann mehrere Dimensionen und somit Messkriterien haben:

a) Institutionell

Öffnung und Lockerung , Herrschaftsverlust, Liberalisierung

Verfassungsgebung, formale Legitimität

Demokratische Grundsätze und Normen

b) Repräsentativ

Keine Anti-System Parteien

Polarisierung (Profilbildung der Parteien)

Wählerfluktuation (auch stark abhängig vom Wahlsystem)

Segmentierung/ Phragmentierung

c) Das Verhalten betreffend

Akzeptanz der Spielregeln

Gelebte demokr. Normen und Regeln

Rechtssicherheit

d) Die Staatsbürgerkultur betreffend

Empirische Legitimität

Diffuse & specific Support

Kritische Presse

Politische Partizipation

Civic Culture, Civil Society

Die Diskussion bewegt sich also im Spannungsfeld zwischen Idealtypischem und pragmatischem Demokratiebegriff. Eine Konsolidierung gilt aus Sicht der Staatslehre als abgeschlossen durch eine diplomatische äussere Anerkennung erwirkt durch gemeinsame Verhandlungen.

## a) Schwierigkeiten mit der Operationalisierung

Dem Thema zufolge ist ein ganzes Set von Definitionen nötig. Was ist unter politischer Kultur, Civil Society, Potential und Systemunterstützung zu verstehen? Vom Verständnis der Begriffe hängen dann auch die Variablen ab. Diese abzugrenzen ist nicht leicht. Ist doch das Verständnis der Civil Society eingebettet in den Begriff und die Realität der politischen Kultur. Je nach Auffassung des Begriffes Civil Society und politischer Kultur, sowie deren Funktion, müssen unterschiedliche Variablen untersucht werden. Wenn die Zivilgesellschaft eine Teilmenge des Volkes ist, so ist es methodisch nicht korrekt, die Einstellung der Bevölkerung zu erheben, sondern jener, die sich gesellschaftlich artikulieren. Und auch dann gibt es noch Schwierigkeiten bei der Ermittlung der Grundgesamtheit, weil es Überschneidungen geben kann, bei Leuten, die auch nur im entferntesten Sinne in Staatsfunktionen stehen. Politische Mengenlehre ist hier also äusserst schwierig.

In methodologischem Sinne müsste sogar der Einfluss der Civil Society auf die Einstellung der Bevölkerung untersucht werden, und zwar über den gesamten Zeitraum der Konsolidierung. Dann stossen wir auf den nächsten Punkt. Wann endet die Konsolidierung? Wird sie weit gefasst, entsteht die Frage wie sie sich vom Begriff der Demokratisierung unterscheidet.

Dazu auch Dieter Nohlen: „Die Politikwissenschaftliche Analyse sollte sich des Tatbestandes Bewusst sein, dass Veränderungen in der politischen Kultur längerer Zeiträume bedürfen und folglich nicht das gegenwärtige Spannungsverhältniss, sondern primär dessen mögliche Wandlungstendenzen zu beobachten und zu bewerten sind.“<sup>12</sup>

Im Rahmen der Transitionsforschung wurden die akteurszentrierten Ansätze gepflegt. Handlungsanleitungen a la Huntington vermitteln den Eindruck als könne die politische Wissenschaft erfolgreich steuern helfen. Es bleibt abzuwarten, wie sich das Spektrum zur Erklärung der Konsolidierung erweitert. Dieter Nohlen gibt hier den institutionellen Ansätzen, die am raschesten hinzukommen in Ihrer bisherigen Denkart wenig Laufzeit.

---

<sup>12</sup> Lexikon der Politikwissenschaft Band 4, S. 123

Mit funktionellen Ansätzen, wie dem von Dankwart Rustow (1979, 346)<sup>13</sup> ist zu verdanken, dass politische Prozesse wieder stärker ins Blickfeld kamen, und nicht alles mit Korrelationen von Politik, Ökonomie oder Gesellschaft zu erklären. Dabei ging dann allerdings die Vergleichbarkeit einzelner länderspezifischer Ergebnisse verloren.

Plasser bringt die Operationalisierungshürden auf den Punkt: "Dies führt zum Kernproblem der vergleichenden politischen Kulturforschung: dem Problem des Maßstabes, an dem Grad und Intensität demokratischer Einstellungen in der Bevölkerung gemessen werden. Ist es sinnvoll Daten aus postkommunistischen Ländern mit empirischen Befunden aus der Redemokratisierungsphase postautoritärer Demokratien wie Deutschland Österreich und Italien zu vergleichen? Abgesehen davon, dass die Datenlage mehr als unbefriedigend ist unterscheiden sich die Rahmenbedingungen beider Demokratisierungswellen so grundlegend, dass Trendverläufe in den fünfziger Jahren kein Maßstab zur Beurteilung der Trends in Osteuropa sein können (Weil 1993, Liebert 1995)."<sup>14</sup>

Diese zeitliche und kulturelle sowie zahlentechnische Unzulänglichkeit bedingt starke Zurückhaltung bei der Analyse. Auch mangelnde Zeitreihendaten umschatten die aktuellen Forschungsanstrengungen, so Bartolini.<sup>15</sup>

## **b) Methodologische Kritik**

- Ein Transitionsprozess ist kein Programmablauf. Weder sein Erfolg, noch die Uniformität ist gegeben.
- Bei zu weiter Fassung des Begriffes Konsolidierung wird er unbrauchbar und schwer von dem Begriff Demokratisierung abzugrenzen.
- Demokratieverfassungen können sich ändern und damit auch Verhaltensweisen.
- Die politische Kulturforschung in Osteuropa ist gegenwärtig noch meilenweit von einer differenzierten Kulturforschung dieser Länder entfernt.
- zu wenig Zeit- Reihen Daten

---

<sup>13</sup> Lexikon der Politik Band 1 (S. 640)

<sup>14</sup> Plasser, Ulram Waldrauch. S. 86

<sup>15</sup> a.a.O. S. 87

- sterile Forschungsdesigns und kontextlose Interpretationen
- numbering & ranking – wie verdichtet man individuelle Einstellungen auf Mikroebene zur politischen Kultur auf Makroebene?
- Einstellungsforschung – Brauchbarkeit von Mass Survey Daten (generelles Problem der Massenpsych.), Maßstab und Grad der pol. Einstellung
- Vergleichende politische Kulturforschung wird überfordert mit Fragen nach der Belastbarkeit und Stabilität eines pol. Systems und ein Vergleich zwischen der 2. und 3. Demokratisierungswelle macht keinen Sinn
- Tabula Rasa an Zahlen, Zahlendichte und Budget
- Klassische Konzepte der Input- Outputforschung (Subject und Civic Culture Konzepte, mit typologischen Leitbilder zu arbeiten ist verfrüht.)
- Ist politische Kultur eine abhängige, unabhängige oder intervenierende Variable? Ist Ergebnis oder Ursache makropolitische Veränderungen?
- Unspezifische Sammelkategorie für Einstellungsforschung (Ausweg durch die Typologie von Merkel) bei Veränderung der Matrix

Aus dem Begriff Systemunterstützung, der Teil des Themas war, wurde ich auch nach eingehender Beschäftigung mit der Literatur nicht schlau. Geht es doch nicht allen Ernstes um das was eine solche Zivilgesellschaft solle. Dementsprechend ging ich hier auf die Wirkungen ein, die die Zivilgesellschaft haben kann.

## **IV. Untersuchung und Bewertung der These**

### **1. These: Zivilgesellschaft fördert Transformation**

Eine aktive Zivilgesellschaft fördert den Prozess der Konsolidierung und Transformation.

#### **a) Gegenthese 1: Messung in Krisenzeiten**

Der Grad der Konsolidierung innerhalb eines demokr. Systems kann erst oder zumindest am besten in Krisenzeiten ermittelt werden. Krisen können wirtschaftlicher, kultureller und humanitärer, sowie politischer Natur sein. Beispiele wären also:

- wirtschaftlicher Niedergang,

- Zuwanderung und Integrationsprobleme von Minderheiten,
- Naturkatastrophen mit anschließendem unzureichendem Krisenmanagements,
- Soziale Ungleichheit,
- das Auftreten eines charismatischen totalitären Herrschers,

Doch wann ist eine politische Situation eine Krise? Da es sich im Falle der Forschung zum Systemwechsel, wie sie Merkel vorlegt, um eine Prozess begleitende Forschung handelt entsteht die Gefahr der Spekulation oder der Fehldeutung. Die Anregung von Dieter Nohlen zur verstärkten Beobachtung von Tendenzen in der Politischen Kultur aufgrund längerer Veränderungszyklen verstärkt diese Gefahr.

### **b) Gegenthese 2: (Abgrenzung 1) Zivilgesellschaft wird zunehmend unsichtbar**

Wird eine Zivilgesellschaft im engeren Sinne mit zunehmender Demokratisierung durch die fortschreitende Institutionalisierung unsichtbar?

Ein bayrischer Komiker parodierte einen bayrischen Landtagsabgeordneten mit den Worten: „Eine Opposition? Was brauch denn ich eine Opposition? Ich bin doch schon Demokrat.“ Das zeigt vor allem eines, das ein Transformationsprozess schwer zu trennen ist von Demokratisierung.

### **c) Gegenthese 3: (Abgrenzung 2) Presse übernimmt die Überwachung**

Übernimmt die Presse mit fortschreitendem Prozess der Konsolidierung nicht die Überwachung des Staates (Idealtypisch)? Ist eine freie Presse und Medienlandschaft dann kein Indiz für einen hohen Grad an Konsolidierung?

Oftmals wurde in Westdeutschland nach 1945 das Ende der Konsolidierung mit der Spieglaffäre gekennzeichnet. Dies wäre also ein Beispiel für die angesprochene Problematik der Abgrenzung der Begriffe Transition und Demokratisierung. Entgegen steht die Gefahr der analytischen Verwaschung und Aufweichung der Begriffe.

## 2. Spannende Frage: Was passiert Ende des Jahrzehntes (2000)

Was passiert, wenn Ende des Jahrzehnts die von den tschechischen und slowakischen Bürgern erwartete wirtschaftliche Besserung nicht eintritt?

Zu revidierende Vorstellung im Bezug auf die Idealtypisierung der Civil Society  
Kein herrschaftsfreier Raum, Einübung demokratischer Verhaltensweisen findet kaum statt.

Die in der Transformations- Theorie verbreitete These, dass die in der Endphase des autoritären Regimes wiedererwachte Zivilgesellschaft sich explosionsartig verstärken werde (Guillermo/ O'Donnell/ Schmitter), hat sich im Fall der Tschechoslowakei nicht bewahrheitet.

Heute können wir diese Fragen ein Stück weit beantworten.

## V. Bewertung der aktuellen Entwicklung in beiden Ländern

In diesem Kapitel möchte ich die geschilderten Thesen und Gegenthesen im Lichte der Wahlergebnisse und der aktuellen Entwicklung in den jeweiligen Ländern untersuchen und bewerten.

Wahlergebnisse:

COUNTRY	DATE	ELECTION TYPE	REGISTERED VOTERS	VOTES CAST	% OF REGISTERED VOTERS
Czech Republic	June 14-15, 2002	Parliamentary	8,264,484	4,793,706	58.0%
Slovakia	Sept 20-21, 2002	Parliamentary	4,157,802	2,909,998	69.99%

### Interpretation der Ergebnisse für die Tschechische Republik:

Die Innenpolitik stand im Berichtszeitraum unter dem Vorzeichen der Parlamentswahl im Sommer 2002. Dabei führte die populistische Beschwörung »nationaler Interessen« zu Spannungen mit Deutschland und Österreich. Die Bildung einer Mitte-Links-Koalition beendete das allgemein als lähmend empfunden

dene Machtkartell der regierenden Sozialdemokraten (LSSD) und der oppositionellen konservativen Demokratischen Bürgerpartei (ODS). Die Aufdeckung eines versuchten politischen Auftragsmords löste einen Skandal aus.

Die Parlamentswahl am 14. und 15.6.2002 brachte einen deutlichen **Linksruck** zugunsten der Kommunistischen Partei (KSÜM). Sie steigerte ihren Stimmenanteil auf 18,5 % (7,5 Prozentpunkte mehr als 1998) und die Zahl ihrer Mandate in dem 200 Sitze umfassenden Parlament auf 41 (+17). Die anderen großen Parteien bzw. Bündnisse hatten Verluste zu verzeichnen, die geringsten mit 2,1 Prozentpunkten die ÜSSD, die mit ihrem Spitzenkandidaten, dem stellvertretenden Ministerpräsidenten *Vladimir Spidla*, 30,2% erreichte. Die ODS unter dem früheren Ministerpräsidenten *Vaclav Klaus* (1992-98) erzielte mit 24,5% (-3,2) das schlechteste Ergebnis ihrer Parteigeschichte. Der christlich-liberale Parteienverbund »Koalice« kam weit unter den Erwartungen - auf 14,3 % (-3,3). Die niedrige Wahlbeteiligung (58%/ -16) führten Beobachter auf die verbreitete **Enttäuschung über die Machtteilung zwischen beiden großen Parteien** in den vergangenen vier Jahren zurück, die den Willen der meisten Wähler ignoriert habe. Darüber hinaus gab das Wahlergebnis einem verbreiteten EU-Skeptizismus Ausdruck, der sich vor allem in den Stimmen für die KSCM niederschlug.

Die neue **Regierung**: CSSD und Koalice bildeten eine Mitte-Links-Koalition, die sich mit 101 Parlamentssitzen auf die Mehrheit von einer Stimme stützen konnte.

Dem von Präsident *Václav Havel* am 15.7. vereidigten Kabinett unter Vorsitz von *Spidla* gehören 16 Minister an (10 CSSD, 3 US-DEU, 3 KDU-CSL). Der Christdemokrat *Cyril Svoboda* wurde Außenminister und einer der beiden Vizepremiere. Während der Koalitionsverhandlungen hatte die Vorsitzende der liberalen Einheitsunion, *Hana Marvanová*, ihr Amt aus Protest gegen deutliche Linksakzente im Regierungsprogramm niedergelegt. Das **Programm** der neuen Regierung, vom Parlament am 7.8. mit 101 gegen 98 Stimmen gebilligt, sieht eine deutliche Steigerung der Sozialausgaben über eine Defizitfinanzierung vor, die eine Absenkung des derzeitigen Haushaltsdefizits von rd. 6% in den Bereich der EU-Konvergenzmarke (3 0/>) auf mittlere Sicht unrealistisch erscheinen lässt.

**Nationale Emotionen im Wahlkampf:** Nicht zuletzt mangels strittiger Themen zwischen CSSD und ODS herrschten im Wahlkampf mit Blick auf rechte Wählerschichten nationalistische Töne vor, die vor allem in Kampagnen zur Verteidigung der Benes-Dekrete und gegen eine ausländische «Überfremdung» laut wurden. Der scheidende sozialdemokratische Ministerpräsident *Milos Zeman* entfachte eine emotionsgeladene innen- und außenpolitische Debatte, als er Ende Januar 2002 auf die in der deutsch-tschechischen Deklaration von 1997 ausdrücklich verworfene Kollektivschuldthese zurückgriff und die Vertreibung der Sudetendeutschen als , »fünfte Kolonne Hitlers« und »Landesverräter« legitimierte und als vergleichsweise mildes Schicksal bezeichnete. Nach dem Vorbild erfolgreicher populistischer **Kampagnen zur Ausländerpolitik** in Westeuropa, zuletzt in den Niederlanden, forderte die ODS zur Bewahrung der nationalen Identität eine stärkere Begrenzung der Einwanderung und einen härteren Umgang mit Asylbewerbern und illegalen Einwanderern.

**Die Srba-Affäre:** Unter dem Verdacht, die Ermordung von *Sabine Slonkova*, Redakteurin der auslagenstärksten Tageszeitung «Mlada fronta Dnes», in Auftrag gegeben zu haben, nahm die Polizei am 21.7. den ehemaligen **Kanzleichef des Außenministeriums**, *Karol Srba*, und drei Verdächtige offenbar kurz vor Ausführung der Tat fest. *Srba* war 1998 von dem früheren tschechischen Außenminister Jan Kavan (1998-2002) als Leiter der Antikorruptionskampagne «Saubere Hände» ins Auswärtige Amt geholt worden. Anfang 2000 verlor er den Posten wegen einer Finanzaffäre, die von der 29-jährigen, auf die Enthüllung von politischen Skandalen spezialisierten Journalistin aufgedeckt worden war.

Czech Republic

Parliamentary

June 14-15, 2002



<b>CZECH REPUBLIC: June 14-15, 2001, Parliamentary</b>			
Registered Voters:	8,264,484		
Votes Cast:	4,793,706	[58.00 % of Registered Voters]	
Valid Votes:	4,768,006	[99.46 % of Votes Cast]	
Invalid Votes:	25,700	[0.54 % of Votes Cast]	
<b>PARTY</b>	<b>Seats in the Chamber of Deputies</b>	<b>VALID VOTES</b>	<b>%[OF VALID VOTES]</b>
<b>Czech Social Democratic Party (CSSD)</b>	70	1,440,279	30.20%
<b>Civic Democratic Party (ODS)</b>	58	1,166,975	24.47%
<b>Communist Party of Bohemia and Moravia (KSCM)</b>	41	882,653	18.51%
<b>Christian and Democratic Union-Czechoslovak People's Party (KDU-CSL) and Freedom Union-Democratic Union (US-DEU)</b>	31	680,671	14.7%
<b>Other Parties</b>	0	597,428	12.53%

## **Interpretation der Ergebnisse für die Slowakei:**

Das Parlament nahm am 21.09.2001 ein Kompetenzgesetz als Rahmen für die Umfassende Verwaltungs- und Staatsreform an, die zu einer Zerreissprobe für die 5 - Parteien – Koalition geworden war. Den Bezirken (offiziell höhere Territoriale Einheit, VUC) und den Kommunen wurden weit reichende Befugnisse des Zentralstaats in den Bereichen Verwaltung, Soziales und Bildung übertragen. Bei den ersten Regionalwahlen in den acht neu geschaffenen Bezirken am 1.12- und 16. 12. wurde - bei einer Wahlbeteiligung von unter 30 % - die oppositionelle Bewegung für eine Demokratische Slowakei (HZDS) von Ex-Ministerpräsident *Vladimír Mečiar* in fünf der acht Regionen stärkste Kraft und errang im Landesdurchschnitt einen Stimmenanteil von 36,4%.

Durch Parteispaltungen und –neugründungen, die die Zahl der im Parlament vertretenen Parteien zwischen der Parlamentswahl 1998 und Ende 2001 von sechs auf 15 erhöhten, gewann die innenpolitische Situation im Wahljahr 2002 eine neue Dynamik und steigerte die Unübersichtlichkeit und Labilität der parlamentarischen Verhältnisse. Die von Ministerpräsident *Mikuláš Dzurinda* geführte Slowakische Demokratische Koalition (SDK), die 1998 als christdemokratische Sammelpartei zweitstärkste Kraft (nach der HZDS) und dominierende Regierungspartei geworden war, agierte seit längerem nur noch als lockere Parlamentsfraktion für den größeren Teil der ursprünglichen Mitglieder und löste sich im Frühjahr auf. *Dzurinda* stützte sich weiterhin auf die von ihm im Jahr 2000 gegründete Demokratische und Christliche Union (SDKU). - Im Konflikt mit ihrer eigenen postkommunistischen Partei der Demokratischen Linken (SDL). über die Privatisierung der Gasgesellschaft Slovensky Plynarensky Priemysel (SPP) trat die auch im Ausland angesehene Finanzministerin *Brigita Schmögnerová* am 23.1.2002 zurück. Sie trat ebenso wie der SDLGründungsvorsitzende *Peter Weiss* aus der Partei aus und gründete mit diesem die neue Sozialdemokratische Alternative (SDA).

Eine Korruptionsaffäre in die ein Personengeflecht seiner SDKU verstrickt war, veranlasste *Dzurinda* am 17.6. zur Entlassung des Ministers für Verkehr und Kommunikation, *Jozef Macejko*. - Am 15.7. trat der frühere Parlamentspräsident *van Gasparovic*, bisher zweiter Mann in der HZDS, aus dieser aus und gründete die neue Partei Bewegung für Demokratie (HZD). Die HZDS hatte bis

dahin bei Meinungsumfragen als mit Abstand stärkste Partei kontinuierlich einen Zuspruch von knapp unter 30 % der Befragten erhalten. *Meciar* hatte die Partei 2001 auf einen prowestlichen Kurs umgestellt und plädiert seitdem für eine Mitgliedschaft in NATO und EU - ein Wandel, der vor allem im westlichen Ausland den wenigsten glaubwürdig erschien.

Slovakia Parliamentary Sep 20-21, 2002

# electionguide.org



## RESULTS SUMMARY

### SLOVAKIA: September 20-21, 2002 Parliamentary

Registered Voters:	4,157,802		
Votes Cast:	2,909,998	[69.99% of Registered Voters]	
Valid Votes:	2,875,081	[98.80% of Votes Cast]	
Invalid Votes:	34,917	[1.2% of Votes Cast]	
PARTY	VOTES	%[OF VALID VOTES]	TOTAL SEATS
Movement for Democratic Slovakia (HZDS)	560,691	19.50%	36
Slovak Democratic Coalition and Christian Union (SDKU)	433,953	15.09%	28
SMER	387,100	13.46%	25
Party of the Hungarian Coalition (SMK)	321,069	11.16%	20
Christian Democratic Movement (KDH)	237,202	8.25%	15
Alliance of a New Citizen (ANO)	230,309	8.01%	15
Slovak Communist Party (KSS)	181,872	6.32%	11
Other	522,885	18.19%	0

## VI. Resume

Wir haben es hier mit zwei völlig unterschiedlichen politischen Kulturen zu tun. Die unterschiedliche Sozialstruktur in den beiden Ländern lässt folgenden Schluss zu:

In der Tschechischen Republik hat der Einfluss einer starken Civil Society wohl dazu beigetragen, dass eine fortgeschrittenere Konsolidierung vorliegt als in der Slowakischen Republik. Inwieweit dies auch wirtschaftliche Gründe hat, sei dahingestellt.

Ich hoffe zumindest, dass es mir gelungen ist, ein wenig Licht in die politische Mengenlehre zu bringen. In einem entsprechenden Untersuchungs- und Variablenset kann man bei allen Schwierigkeiten der Operationalisierung alles Mögliche an Umfrageergebnissen zur politischen Gesinnung mit wirtschaftlichen oder transformatorischen Variablen korrelieren. Es bleibt unbeantwortet, welches die abhängige und welches die unabhängige Variable ist und die Kausalitäten erbringen doch recht wenig Aufschluss für Stabilität und politischen Erfolg.

Was allerdings durch die Beleuchtung der Politischen Kultur in Tschechien im Vergleich zu der Slowakei deutlich wird, ist, wie es zu einer Trennung des vormals einheitlichen Staatsgebietes kommen konnte. Trotz allem wird es schwer bleiben lediglich mit kulturbezogenen Daten diese durch Machtpolitik hervorgerufene Trennung zu verstehen.

Nach mehr als 10 jähriger Forschung auf diesem Gebiet ist erkennbar, dass die Bedeutung der Civil Society nicht überbewertet werden darf, da man sie sonst in Ihrer unbestrittenen Bedeutung für eine gesunde Demokratie politikwissenschaftlich unbrauchbar macht. Es scheint auf diesem Gebiet die Verfolgung eines Phantoms vorzuliegen und doch ist es der „Invisible Man“ der gerade in Krisenzeiten zutage tritt und bei wachsender Stabilisierung der Verhältnisse allerdings wieder in den Hintergrund rückt.

## VII. Quellenangaben

- Begriff der Politischen Kultur aus Piepers Wörterbuch zur Politik, Band 1, Dieter Nohlen München 1985
- Fischer Weltalmanach 2003
- Ismayr Wolfgang, Die politischen Systeme Osteuropas, Leske Budrich Opladen 2002
- Kipke Rüdiger/ Vodicka Karel / Slowakische Republik: Studien zur politischen Entwicklung, Tschechien und Mitteleuropa, 3. Münster 2000, S. 8-16 und 99-106
- Lang, Kai Olaf/ Systemtransformation in Ostmitteleuropa: Eine erste Bilanz, in „Aus Politik und Zeitgeschichte 15/2001
- Lexikon der Politik Band 1, 4 und 7, München 1995, Herausgeber Dieter Nohlen!
- Mansfeldova Zdenka / Zivilgesellschaft in der Tschechischen und Slowakischen Republik / Aus Politik und Zeitgeschichte B6-7/98
- Merkel Wolfgang/ Hans Joachim Lauth / Systemwechsel und Zivilgesellschaft: Welche Zivilgesellschaft braucht die Demokratie, Aus Politik und Zeitgeschichte B6-7/98
- Plasser, F / Ulram P. / Waldrauch H. / Politischer Kulturwandel in Ost-Mitteleuropa. Theorie und Empirie demokratischer Konsolidierung. / Opladen 1997, S.74-93
- Vodicka Karel / Politisches System Tschechiens – Vom kommunistischen Einparteiensystem zum demokratischen Verfassungsstaat , 1. Münster 1996 (403-411)

Angehängt ist - aufgrund Ihrer Nützlichkeit des Vergleiches zwischen den theoretischen Herangehensweisen - eine Zusammenfassung über die Forschungsansätze zur Transformationsforschung zusammengestellt von Michael Bauer.